

Inhalt

Vorwort	13
Abkürzungsverzeichnis	15
Erster Teil: Forschungsgegenstand	17
A. BVerfGE 97, 271 ff. als Bruch mit der historischen Kontinuität	17
B. Ziel und inhaltliche Beschränkung der Untersuchung	19
C. Forschungsstand	20
D. Gang der Untersuchung	23
Zweiter Teil: Entwicklung bis zur »lex trimborn« 1902	25
A. Historische Vorläufer der Hinterbliebenenversicherung	25
I. Collegia tenuiorum im Altertum	25
II. Knappschaften des Bergbaus im Mittelalter	26
III. Zunftkassen des Handwerks	28
IV. Hilfskassen sonstiger Arbeiter	29
V. Witwen- und Waisenpensionsanstalten der Gelehrten	30
B. Bismarcks Sozialgesetzgebung	31
I. Ausgangslage: Soziale Notlage von Arbeiterwitwen, Versicherungslücke auch bei Angestellten	31
1. Keine Hinterbliebenenrenten für Arbeiterwitwen, Fürsorge unzureichend	33
2. Kaum private Mildtätigkeit Ende des 19. Jahrhunderts	34
3. Stadtwitwen nur augenscheinlich notleidender als Landwitwen, junge Witwen mit Kindern in größter Not . . .	35
4. Messbare Folgen: Überlebenskampf der Arbeiterwitwen in Zahlen	36
a) Erhöhte Sterblichkeit und hohe Krankheitsquote	36
b) Erhöhte Suizidquote und hohe Quote an Vermögensdelikten	37

II.	Erste Initiativen im Reichstag 1869–1879	38
III.	Kaiserliche Botschaft 1881	42
IV.	Gesetz betreffend die Krankenversicherung	43
V.	Unfallversicherung	45
VI.	Invaliditäts- und Rentenversicherung	46
VII.	Zusammenfassung, Ausgangslage 1890	49
C.	Kaiser- und Kanzlerwechsel: Der » <i>Neue Kurs</i> «	50
I.	Dringende Forderungen nach einer Einführung von Hinterbliebenenrenten im Reichstag	52
1.	Fortgesetzter Einsatz des Eisenindustriellen Stumm-Halberg für eine Hinterbliebenenfürsorge der Industriearbeiter	53
2.	Forderung von Witwen- und Waisenrenten als wichtigste Leistung der Rentenversicherung überhaupt	54
3.	Votum der Sozialdemokraten für die Herabsetzung des Rentenalters	56
4.	Frage der Finanzierung als Hauptargument	57
II.	Die ablehnende Haltung des Staatssekretärs des Innern von Boetticher	58
III.	Abspaltung der Seefahrt von der allgemeinen Invaliditätsversicherung und Übernahme der Witwen- und Waisenversicherung durch die Seeberufsgenossenschaft 1897	62
IV.	Noch keine Hinterbliebenenrenten in der versuchten Reform 1897 vorgesehen	63
D.	Kaum Fortschritt in der großen Rentenreform 1899	68
I.	Rote Zahlen in den ostpreußischen Versicherungsanstalten; Ablehnung grundsätzlicher Änderungen	69
II.	Reaktionen im Reichstag: Politische Anschauungen im Spiegelbild gesellschaftlicher Kritik	71
1.	» <i>coûte que coûte</i> «: Sofortige Einführung von Hinterbliebenenrenten	72
2.	Zentrum: Hinterbliebenenrenten nur für Fabrikarbeiter	74
3.	Für die Aufschiebung einer Einführung von Hinterbliebenenrenten	74
4.	Ergebnis: Hinterbliebenenrenten durch Rentennovelle 1899 in der Diskussion	75
E.	Reichstagsresolution 1900	76
I.	Eröffnungsrede Stumm-Halbergs	78
II.	Verteidigung des Resolutionsantrags des Zentrums durch Franz Hitze	79

III.	Posadowsky-Wehner und die deutsch-konservative Partei für die Ablehnung beider Resolutionsanträge	81
IV.	Linksliberale Parteien gespalten	83
	1. Roesicke für Resolution Stumm-Halbergs	83
	2. Antrag des Abgeordneten Eugen Richters: Kommission . .	84
V.	Nationalliberale und Sozialdemokraten unterstützen Stumm-Halberg	84
VI.	Fraktionslose Forderung: Breite Schichten des Mittelstandes statt Fabrikarbeiter zu versorgen	86
VII.	Ergebnis: Resolution Stumm-Halberg und erste Anzeichen für die Forderung nach dem späteren Angestelltenversicherungsgesetz	86
VIII.	Reaktionen auf die Resolution Stumm-Halbergs	87
	1. Reaktionen im Reichsamt des Innern	87
	2. Reaktionen der Öffentlichkeit: Pressespiegel	88
	3. Veröffentlichung Prinzings: Die soziale Lage der Arbeiterwitwe	89
F.	»lex trimborn«: Zolleinnahmen als Finanzierungsgrundlage für eine »Arbeiter-wittwen- und Waisenvorsorge«	90
I.	Erste Ideen zur Verknüpfung des neuen Zolltarifes mit einer Witwen- und Waisenversorgung	90
II.	Erste Überlegungen zur Ausgestaltung einer Hinterbliebenenfürsorge: Prinzing und Düttmann im Vergleich	92
	1. Versorgter Personenkreis und Höhe der Kosten	93
	2. Höhe des Witwengeldes	95
	3. Finanzierung: Arbeitnehmer-/ Arbeitgeberbeiträge und/oder Reichszuschuss	96
	4. Beginn der Rentenzahlungen	98
	5. Sonstige berücksichtigungswürdige Gesichtspunkte	98
III.	Der neue Zolltarif	99
	1. Posadowsky-Wehner und das Zentrum entwickeln lex trimborn	99
	2. Pressestimmen und die unentschiedene Haltung der »Sozialen Praxis«	105
	a) Schamtuch des Zentrums zur Verdeckung »brodvertheuernde(r) Blöße«	105
	b) Verteidigungsversuche des isolierten Zentrums	107
	c) Die »Sociale Praxis«: Ziel gebilligt aber Weg nicht gangbar	108

3. Kommissionsverhandlung über den Zolltarif im Sommer 1902	111
a) Carl Trimborn begründet den Zentrumsantrag von Dr. Heim und Genossen	111
b) Molkenbuhr für Eventual-Antrag der Sozialdemokraten	112
c) Konservative, Nationalliberale und Freisinnige gegen eine Verknüpfung der Zolltarife-Reform mit der Witwen- und Waisenversicherung	113
d) Bundesrat und Staatssekretär des Reichsschatzamt warnen vor noch nicht absehbarer Belastung des Reiches	113
e) Ergebnis: Äußerst knappe Mehrheit für Zentrumsantrag in zweiter Lesung	114
4. lex trimborn: Kompromissvereinbarung von Zentrum, Freikonservative und Reichsregierung	115
a) Streichung der Positionen Gerste und Hafer	116
b) Mehreinnahmen pro Kopf	116
5. Zweite Beratung zum Zolltarifgesetz im Reichstag	116
a) Kompromissvorschlag Trimborns: Einschränkungen durch lex trimborn ermöglichen volle Zustimmung aus der eigenen Fraktion	117
b) Argumente gegen den Einwand zu schwankender Einnahmen	118
c) Freisinnige und Soziale Praxis gegen lex trimborn	118
d) Sozialdemokraten hielten Antrag für falsch, stimmen jedoch zu	119
IV. Ergebnis: Einführungszeitpunkt geregelt	120
Dritter Teil: Wahlkämpfe, Denkschriften und Erlass von RVO und AVG	121
A. 1903: Hinterbliebenenversicherung als Wahlkampfthema	121
I. Sozialdemokraten tragen »lex trimborn« in die Öffentlichkeit.	121
II. Carl Trimborn verteidigt »lex trimborn«; Unterstützung aus der nationalliberalen Fraktion	123
III. Vorwürfe: Einführung erst 1910 zu spät, Finanzierungsfrage ungeklärt, Lücke für spätere Angestellte bleibt	124
IV. Deutsche Reichspartei für zeitlichen Aufschub über 1910 hinaus	127
B. Erste Denkschriften ab 1903 von Adolf Beckmann und Paul Kaufmann	128
I. Beschränkung auf Renten an invalide Witwen	129
II. Höhe der Renten	132

III.	Finanzierung der Hinterbliebenenrenten	133
IV.	Beitragsrückerstattung, Witwengeld	134
C.	Beteiligung der verbündeten Regierungen mit Bülows	
	Einverständnis	135
I.	Anspruchsberechtigter Personenkreis	138
	1. Versicherungspflicht von Industriearbeitern und Arbeitern der Land- und Forstwirtschaft	139
	2. Ausschluss der Angestellten	139
	3. Invalidität als Anspruchsvoraussetzung	142
	a) Zustimmung	142
	b) Ablehnung der Beschränkung auf Invalidenrenten	144
	c) Definitionsvorschläge zum Invaliditätsbegriff	148
	4. Bedürftigkeit des Witwers	149
	5. Besonderheiten: Witwengeld, Versorgungsehe und Wiederheirat	151
	a) Witwengeld	151
	b) Versorgungsehe	152
	c) Wiederheirat der Witwe	152
II.	Unverhältnismäßigkeit von Beitrags- und Rentensätzen	153
	1. Benachteiligung der oberen Lohnklassen	153
	2. Missverhältnis der Hinterbliebenenrenten im Vergleich zur Invalidenrente	155
III.	Finanzierung	156
	1. Reichsmittel	156
	2. Heranziehung der Gemeinden	157
	3. Rentenversicherungsbeiträge	157
D.	Finanzierbarkeit und Einführungszeitpunkt einer Hinterbliebenenversicherung für Arbeiter	159
I.	Mathematische Berechnungen im Reichsamt des Innern	159
	1. Kalkulationen und Aussagen während der Amtszeit Posadowsky-Wehners	160
	2. Detaillierte Berechnungen und Vorlage in der Amtszeit Bethmann Hollwegs	161
II.	Entwicklung der lex trimborn	163
	1. Weniger als 10 Prozent der erhofften Zollmehreinnahmen	163
	2. Kürzung der Beitragserstattung höher als ausgezahlte Hinterbliebenenrenten	164
E.	Öffentliche Diskussion über Rentenhöhen und den anspruchsberechtigten Personenkreis	167
I.	Geringe Frauenbeteiligung	168

II.	Soziale Praxis für Begrenzung auf invalide oder mindestens 70 Jahre alte Witwen	170
III.	Kleis und andere Stimmen fordern weiteren Kreis anspruchsberechtigter Personen	171
IV.	Mindesthöhe der Renten auf Niveau der Armenpflege	172
F.	Gesetzgebungsprozess von RVO und AVG	173
I.	Klassendenken war Leitgedanke beider Entwürfe	174
	1. Die Frage der Privatbeamten in den Debatten zum E-RVO .	175
	2. Die Gründe für unterschiedliche Regelungen in RVO und AVG; Doppelversicherung	176
II.	Rentensätze	176
III.	Weitere Anspruchsvoraussetzungen: Invalidität und Bedürftigkeit	177
	1. Begriff der Invalidität	178
	2. Witwerrenten bei Bedürftigkeit	179
IV.	Verabschiedung von RVO und AVG	179
Vierter Teil: Resümee		181
Quellenverzeichnis		187
Literaturverzeichnis		189
Personenverzeichnis (alphabetische Anordnung)		197